



„Das ist absoluter Unsinn“

Hypo. Schelling weist Länder-Vorwürfe zurück / „Schulterschluss“ in Kärnten

VON KARIN LEITNER
UND DANIELA KITTNER

Zwischen den schwarzen Bundesländern und Finanzminister Hans Jörg Schelling hängt der Haussegen schief. Die Länder werfen dem ÖVP-Minister vor, die Hypo-Insolvenz „von langer Hand geplant“ zu haben, und sie damit überrumpelt zu haben.

Als Beleg führt Niederösterreichs Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka an, dass der umfangreiche Bescheid der Finanzmarktaufsicht, der die Abwicklung der Hypo-Abbaugesellschaft Heta und einen Zahlungsstopp an die Gläubiger verfügt, nicht so schnell hätte erstellt werden können, wie die Regierung behauptet. „Das ist absoluter Unsinn. Der Bescheid wurde vorbereitet, und er war da, als ich bekannt gegeben habe, dass es kein weiteres Steuer-geld für die Heta gibt“, sagt Schelling zum KURIER.

Gläubigerbevorzugung
Im Übrigen verweist das Finanzministerium auf das Börsengesetz. Die Länder hätten gar nicht informiert werden dürfen, weil dies eine verbotene Gläubigerbevorzugung gewesen wäre. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner stellt sich im Streit mit den Ländern hinter Schelling: Bei Vorinformationen an Beteiligten hätte man sich „mit ziemlicher Sicherheit gesetzlichen Verfehlungen ausgesetzt“.

Hintergrund des Zerwürfnisses ist die Solidarhaftung der Landes-Hypothekenbanken. Der über die Heta verfügte Zahlungsstopp bewirkt, dass die anderen Landes-Hypos für die gemeinsame Pfandbriefstelle 800 Millionen aufbringen müssen. Wenn die Hypos das Geld nicht haben, müssten die Länder einspringen. Reihum beieilen sich aber die Landes-Hypos gestern zu versichern, dass sie den Betrag stemmen könnten. Für Kärnten soll die indische Anadi Bank die anteiligen 100 Millionen bezahlen. Wenn sie das Geld nicht aufbringt, wird Kärnten einspringen.

In Kärnten gab es gestern eine Sondersitzung der Landesregierung mit den Sozial-

partnern. Mit dabei waren auch die Landesräte Gerhard Köfer vom Team Stronach und Christian Ragger von der FPÖ. Landeshauptmann Peter Kaiser informierte alle über den Stand der Dinge, und man spielte alle möglichen Szenarien durch – eine Insolvenz des Landes inklusive.

Gretchenfrage

In der Sitzung ist ein „Schulterschluss aller Parteien“ beschlossen worden, wie Kaiser später informierte. Auch Köfer und Ragger bekannten sich dazu.

Indessen ist noch ungeklärt, wie das Problem mit den Landeshaftungen gelöst werden soll. Schelling sagt, man werde versuchen, „da herauszukommen“. Die Gret-

chenfrage lautet: Wie? Mit dem neuen Bankeninsolvenzgesetz, das Schelling auf die Heta anwendet, betritt die Regierung juristisches Neuland. Kärnten haftet immer noch für 10,5 Milliarden Euro Anleihen der Hypo, die bis September 2017 zurückzahlen sind. Die Heta sitzt auf 18 Milliarden ausstehenden Krediten und anderen Bankgeschäften, die sie zu Geld machen muss. Alles, was die Heta unter 10,5 Milliarden verdient, muss Kärnten bezahlen.

Im Gespräch sind Varianten wie Anleihen zum derzeit günstigen Marktpreis selbst aufzukaufen. Offen ist, wie man die Milliarden aufbringen soll, ohne den Stabilitätspakt zu sprengen.

Steuer-Poker geht in finale Runde

Fahrplan. Letzter Stolperstein ist Ersatz für SPÖ-Millionärssteuer

Großes Finale bei den Steuerreformverhandlungen: Am kommenden Sonntag wollen Kanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner dem Vernehmen nach abschließen.

Mit der Materie vertraute Experten berichteten von einer weiteren Annäherung bei der Gegenfinanzierung der Steuerentlastung. So dürfte der Kreis der Betroffenen beim Solidarbeitrag für Spitzenverdiener ausgeweitet

werden. Insgesamt soll die Entlastung fünf Milliarden Euro ausmachen und dürfte – wie von Finanzminister Hans Jörg Schelling angekündigt – in Etappen in Kraft treten.

Sollten sich die Verhandler nicht einig werden, ist bis zum 17. März – der selbst gesetzte Deadline – Zeit, weiter zu verhandeln. Das Wochenende davor (14./15.) wurde sicherheitshalber als Ersatzverhandlungstermin reserviert. Der SPÖ-Parteivor-

stand tritt ebenfalls am 17. März zusammen. Von der ÖVP gibt es keinen offiziellen Termin für den Parteivorstand.

Der letzte Stolperstein für eine Einigung ist die Frage, was die SPÖ als Ersatz für die abgesagte Millionärsabgabe bekommt. Während manche Funktionäre die Erbschaftsteuer schon abgeschrieben haben, wollen andere die Forderung nicht aufgeben. Die ÖVP ist weiter strikt dagegen.

– MICHAEL BACHNER



Länderchefs sind auf Konfrontationskurs mit Finanzminister Hans Jörg Schelling gegangen

Schelling verweist auf die Geheimhaltungspflicht vor dem Zahlungsstopp für die Hypo/Heta. Dieser sei nicht von langer Hand vorbereitet gewesen

DEMOKRATIE-BILDUNG

Premiere im Hohen Haus: Wenn Lehrlinge Gesetze initiieren

Erstes Lehrlingsparlament. Jugendliche schlüpfen in die Rolle von Abgeordneten und probten die Änderung der Vorschriften für ihre Ausbildung

VON HEINZ WAGNER

1978 wurden die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen über die Pflichten für Lehrberechtigte und Lehrlinge beschlossen. Wer nach dem damals neuen Berufsausbildungsgesetz die Lehre absolviert hat, ist mittlerweile (fast) in Pension.

Abgesehen von den einen oder anderen kleinen Abänderungen standen am Donnerstag erstmals größere Änderungen dieses Gesetzes auf der Tagesordnung im Plenarsaal des Nationalrates – sowie im Ausschuss und in den Klubsitzungen – allerdings der Fraktionen Türkis, Violett, Gelb, Weiß und Grau.



Das Hohe Haus gehört der Jugend: Erstes Lehrlingsparlament

Die Abgeordneten waren rund 100 Jugendliche des ersten österreichischen Lehrlingsparlaments.

Lehrlinge der zehn größ-

ten heimischen Ausbildungsbetriebe (ÖBB, Voest Alpine, Kapsch, Spar, Wiener Linien ...) wurden von Nationalratspräsidentin Doris Bures ein-

geladen, um eineinhalb Tage im Hohen Haus zu erleben und mitzugestalten – nach ähnlichem Muster wie die „Jugendparlamente“ für Schulklassen, die schon 14 Mal stattfanden.

Beim Lehrlingsparlament ging es darum, einen fiktiven Gesetzesvorschlag zu diskutieren, abzuändern, Koalitionen mit anderen „Parteien“ zu schließen, um Mehrheiten zu finden. Am Ende wurde im Plenum debattiert und mehrere Beschlüsse wurden gefasst. Zentrale Anliegen der Jugendlichen: Eine gesetzliche Verpflichtung, um die Qualität der Lehre zu halten bzw. zu verbessern und nicht nur von einzelnen Betrieben

abhängig zu machen; die Verpflichtung zur Fortbildung nicht nur für Lehrlinge, sondern auch für jene, die sie in den Unternehmen ausbilden.

Wie zum Beispiel Sophie Meisel, Informations- und Elektrotechnik-Lehrling bei A1, die dem KURIER erzählte, dass sie gerade im ersten Lehrjahr ihrer zweiten Ausbildung sei. Bei ihrer ersten Lehrstelle – sie wurde Großhandelskauffrau – hätte sie nur wenig gelernt.

Fürs „echte Parlament“
Die Lehrlinge forderten auch, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in der Ausbildung besser gefördert werden. Denn selbst wenn Lehr-

linge mit Behinderungen eingestellt würden, fehle es oft an der adäquaten Unterstützung bzw. an geeigneten Materialien und auch an qualifizierten Lehrpersonen.

Von den Erfahrungen im Parlament zeigten sich praktisch alle Lehrlinge angetan. Viele, wie etwa Miloš Aničić, hoffen allerdings darauf, „dass das echte Parlament ihre Forderungen aufgreife“.

Vom KURIER darauf angesprochen, meinte Doris Bures, die weitere jährliche Lehrlingsparlamente zusicherte, dass sie die Ergebnisse der Beratungen der Jugendlichen den echten Abgeordneten noch einmal ans Herz legen wolle.